

«Auf Vermutungen reagieren wir nicht»

Baudirektor Jörg Krähenbühl (SVP) verteidigt abwartende Haltung der Regierung in Sachen AKW und Endlager

INTERVIEW: MICHAEL ROCKENBACH

Die Baselbieter Regierung wird sich gegen ein Atomendlager am Bözberg wehren. Aber nicht jetzt, sondern in einigen Jahren, sagt Baudirektor Krähenbühl. Persönlich hält er es für richtig, dass Endlager gebaut und neue AKW geplant werden.

BaZ: Herr Krähenbühl, Sie haben angekündigt, dass die Baselbieter Baudirektion und die Regierung ihre Strategie in Sachen Atomendlager festlegen, sobald Bund und Nagra über ihre Pläne am Bözberg informiert haben. Nun ist es so weit. Wie geht es jetzt weiter?

JÖRG KRÄHENBÜHL: Die Baudirektion wird die Informationen von Bund und Nagra genau analysieren und auf dieser Grundlage eine Strategie erarbeiten. Entschieden wird das weitere Vorgehen schliesslich von der Regierung. Wahrscheinlich wird es ähnlich sein wie bei KKW-Projekten: Gegen Anlagen, die innerhalb eines Gefahrenradius geplant sind, werden wir uns wehren.

Für AKW hat der Bund den Gefahrenradius, in dem der Bevölkerung vorsorglich Jodtabletten verteilt werden, auf 20 Kilometer festgelegt. Für Endlager hat er aber noch keine Gefahrenradien definiert.

Stimmt. Die beiden Radien müssen auch nicht gleich gross sein.

Ein Endlager am Bözberg wäre jedenfalls sehr nahe beim Baselbiet.

Ja, der Bözberg liegt in unserer Nachbarschaft. Wenn dort eine Atomanlage geplant wird, müssten wir uns zur Wehr setzen. Das verlangt die Verfassung.

Die Frage ist nur, wann die Regierung den Verfassungsauftrag in Sachen Endlager erfüllen wird.

Wir werden Stellung nehmen, sobald wir genauer wissen, wo das Lager für stark radioaktive Abfälle und jenes für schwach und mittelradioaktive Strahlung gebaut werden soll.

«Als Bürger habe ich eine Meinung, als Regierungsrat einen Verfassungsauftrag.»

Also wenn der Entscheid gefallen ist.

Wenn wir konkrete Angaben zum Standort haben. Das sogenannte Sachplanverfahren ist soeben angefallen. In seinem Verlauf können die Nachbarkantone ihre Interessen wahrnehmen, und das werden wir auch tun.

Die Auswahl ist schon jetzt ziemlich eingeschränkt. Neben dem Bözberg stehen nur noch das Zürcher Weinland und das Gebiet Lägeren (ZH/AG) als mögliche Standorte für hochradioaktive Abfälle zur Debatte. Basel-Stadt und Solothurn haben darum schon vor einem Jahr kritisch Stellung bezogen, als es erst um den Ablauf des Verfahrens ging.

Zu Vermutungen Stellung zu nehmen, bringt meiner Ansicht nach nichts. Wir müssen uns zu Wort melden, wenn der Bund eine erste Standortprüfung abgeschlossen hat. Das wird in zwei, drei Jahren der Fall sein. In der jetzigen Phase sind in erster Linie die möglichen Standortkantone gefordert.

Wäre es möglich, dass sich das Baselbiet auch gegen ein Endlager im Weinland aussprechen wird. In Basel wird befürchtet, dass von diesem Projekt eine Gefahr für den Rhein und damit für die Wasserversorgung der Stadt Basel ausgehen könnte.

Die beiden anderen möglichen Standorte neben dem Bözberg sind wahrscheinlich zu weit weg, als dass wir uns wehren würden.

«Gegen ein neues KKW in Gösgen würden wir uns wehren, gegen andere nicht.»

Werden die beiden Basel keine gemeinsame Stellungnahme abgeben?

Grundsätzlich nimmt jeder Kanton für sich selber Stellung. Bis jetzt war die Suche nach einem Tiefenlager noch kein Thema in den Partnerschaftsverhandlungen zwischen den beiden Basel. Aber natürlich könnte es das noch werden.

Der Bözberg gilt schon jetzt als logischer Standort. In den anderen beiden Gebieten ist der Widerstand gross. Die Aargauer dagegen können sich nicht gut lautstark gegen ein Endlager wehren, solange sie neue AKW wollen. Müssen darum nicht die Nachbarkantone möglichst früh Stellung beziehen, wenn sie ein Endlager am Bözberg wirklich verhindern wollen.

Das sind alles Vermutungen. Und aufgrund von reinen Vermutungen kann man keine seriöse Stellungnahme abgeben. Trotzdem werden die Kraftwerkgegner wahrscheinlich kritisieren, wir würden uns zu spät positionieren. Die Befürworter werden dagegen der Ansicht sein, dass es richtig ist, sich nicht zu früh zu wehren.

Was denken denn Sie persönlich? Ist der Abwehrreflex gegenüber Atomendlagern gerechtfertigt? Irgendwo muss der Atommüll ja deponiert werden.

Für mich als Bürger ist der Fall klar. Die Schweiz hat Atommüll und sie muss ihn sicher entsorgen. Man kann die Fässer nicht irgendwo ins Meer kippen, wie das früher vielleicht noch gemacht worden wäre. Und auch im Zwischenlager kann der Atommüll nicht ewig bleiben. Darum hat der Bundesrat zu Recht den Auftrag, eine Lösung zu finden.

Heisst das, dass Sie sich nur widerwillig wehren werden.

Nein, überhaupt nicht. Als Bürger vertrete ich die Meinung, dass die Gesellschaft Verantwortung übernehmen und den Abfall sauber entsorgen muss. Als Regierungsrat und Angestellter des Kantons habe ich einen klaren Verfassungsauftrag. Und daran werde ich mich halten, ohne Wenn und Aber.

Das wurde auch schon infrage gestellt.

Sie wurden kritisiert, weil Sie Mitglied des atomfreundlichen EBM-Verwaltungsrats sind – ähnlich wie Ihr Aargauer Amtskollege Peter C. Beyeler, der ein Mandat im Axpo-Verwaltungsrat hat.

In meinem Fall wurde der Vorwurf in erster Linie von den Medien erhoben. Und er ist aus der Luft gegriffen, nur schon weil die EBM keine Stromproduzentin, sondern eine Versorgerin ist ...

Formal ist sie Miteigentümerin der Atel, die neue AKW bauen will ...

Bis jetzt hat der EBM-Verwaltungsrat noch nie einen Entscheid zur Zukunft der Kernenergie gefällt. Und falls das Thema in Zukunft aktuell werden sollte, würde ich als Regierungsvertreter in den Ausstand treten.

Eigentlich müssten Sie aber gegen AKW Stellung nehmen.

Nein, ich würde in den Ausstand treten. Mein Einfluss in der EBM sollte aber ohnehin nicht überschätzt werden. Ich bin nur einer von 24 Verwal-

tungsräten und im Ausschuss nicht vertreten.

Warum muss die Baselpoliti-Regierung im EBM-Verwaltungsrat vertreten sein?

Diese Frage wird immer wieder gestellt. Meine Antwort: Die Stromversorgung ist von zentraler Bedeutung für den Kanton. Die Regierung muss in diesem Bereich möglichst gut informiert sein.

Welche Bedeutung wird die Atomenergie dabei langfristig haben.

Gemäss der Energiestrategie des Bundes muss die drohende Stromlücke – wenn nicht anders möglich – mit Grosskraftwerken geschlossen werden, das heisst mit Kern-, Gas- oder Kohlekraftwerken.

Und Sie müssten sich wieder wehren, wenn ein AKW innerhalb des Gefahrenradius von 20 Kilometern zum Baselpoliti geplant würde ...

Ja, wir haben den Verfassungsauftrag, uns gegen entsprechende Pro-

jekte in der Nachbarschaft zu wehren. Die Regierung hat die Nachbarschaft vor Kurzem mit dem Radius 20 Kilometer definiert. Folglich werden wir uns wehren, sobald ein Rahmenbewilligungsgesuch für ein neues KKW in Gösgen behandelt wird.

Gegen Projekte in den etwas weiter entfernten Orten Leibstadt und Beznau würden sie dagegen nichts unternehmen?

Nein, diese Anlagen wären zu weit weg.

Das ist nicht ganz einfach nachzuvollziehen. Ein GAU in einem AKW hätte weit über den Gefahrenradius von 20 Kilometern hinaus fatale Folgen.

Mit zunehmender Entfernung von einem KKW nimmt die Gefahr logischerweise ab. Der Bund hat das Gefährdungspotenzial entsprechend eingeschätzt und abgestuft. Nach diesen Vorgaben haben wir den Begriff Nachbarschaft definiert.

Jahrelange Suche nach dem Standort

ENGE AUSWAHL. Gesucht wird ein Deponiestandort für hochaktiven Atom- und ein Standort für mittel bis schwach aktive Stoffe. Vorderhand wird die Auswahl der möglichen Standorte etappenweise eingeeignet. Noch stehen drei Gebiete für

hochaktive Stoffe zur Debatte (Bözberg, Lägeren, Zürcher Weinland). Dort wie in drei weiteren Gebieten könnte auch der mittel- bis schwach aktive Müll entsorgt werden. Bis in drei Jahren will der Bund die

besten Gebiete festgelegt haben. Ist der Bözberg dann noch ein Thema, will die Regierung dagegen Stellung nehmen. Der endgültige Entscheid soll bis 2016 fallen. In Betrieb genommen wird ein erstes Lager frühestens 2030. rock